

Hochwertige, im weltweiten Vergleich vorbildliche Rekultivierung bietet Ausgleich für die Landinanspruchnahme durch den Bergbau.

Die planerisch und genehmigungsrechtlich abgesicherten Tagebaufelder werden im Verlauf von bis zu 35 Jahren schrittweise vom Bergbau in Anspruch genommen. Der tagebaubedingte Flächenbedarf steht dabei notwendigerweise in Konkurrenz zu den bestehenden Nutzungen. Diese sind überwiegend landwirtschaftlich, in einigen Fällen auch forstwirtschaftlich geprägt.

Darüber hinaus liegen in den Abbaufeldern regelmäßig Siedlungen, gewerbliche Nutzungen, Verkehrswege und Gewässer, die im Zuge des Tagebaufortschritts verlegt werden müssen. Von Eingriffen durch den Tagebau ist auch der Grundwasserhaushalt betroffen. Um den sicheren Betrieb der Tagebaue zu gewährleisten, muss der Grundwasserspiegel abgesenkt werden. Braunkohlenbergbau ist also unvermeidlich mit Eingriffen in den Lebensraum von Mensch und Natur verbunden.

Genehmigungsverfahren und Zielvorgaben

Der Ausgleich zwischen energiewirtschaftlichen, sozialen, technischen und umweltbezogenen Interessen erfolgt in den landesplanerischen und bergrechtlichen Genehmigungsverfahren. Dabei wird auch über die konkreten

Rahmenbedingungen entschieden, unter denen die spätere Braunkohlegewinnung erfolgt. Dem Bürger, den gewählten politischen Vertretern aus der Region sowie den Fachbehörden, Umweltverbänden, Kammern etc. sind dort Möglichkeiten zur Einflussnahme und zur Mitbestimmung eingeräumt. Allgemein gilt sowohl bei der Planung als auch dem Betrieb von Braunkohlentagebauen der Grundsatz, die Belastungen zu minimieren und den Nutzen bzw. den bei unvermeidbaren Eingriffen erforderlichen Ausgleich zu optimieren.

Umsiedlung: Einschnitt mit langem Vorlauf

Ein wesentliches Kriterium für die Abgrenzung von Abbaufeldern ist neben der Lagerstätte sowie den technischen und wirtschaftlichen Planungsaspekten die größtmögliche

Rücksichtnahme auf die Umwelt, die Bevölkerung, die Besiedlung und die Verkehrswege. Ziel der Planungen ist es, einerseits den Lebens- und Wirtschaftsraum funktionsfähig zu erhalten, die Lagerstätte andererseits aber möglichst weitgehend zu gewinnen. Allerdings ist es dabei insbesondere in dicht besiedelten Regionen nicht möglich, Tagebaue ganz ohne Eingriffe in die vorhandene Siedlungs- und Infrastruktur zu betreiben. Innerhalb der Abbaugrenzen liegende Ortschaften können beim Abbau nicht ausgespart werden. Energiepolitische, technische und betriebswirtschaftliche Gründe erfordern eine Umsiedlung.

Die Braunkohlenplanung ist ein mehrstufiger Prozess, der über vier oder fünf Jahrzehnte in die Zukunft reicht. Dies bedeutet, dass die Entscheidung über die grundsätzliche Notwendigkeit

Betriebsflächen und wieder nutzbar gemachte Flächen im Braunkohlenbergbau in Deutschland

Revier	Einheit	Land- inanspruch- nahme insgesamt	Betriebsflächen (Abraum, Kohle, Kippe) ¹	Wieder nutzbar gemachte Flächen				
				Insgesamt	Landwirt- schaft	Forst- wirtschaft	Wasserflächen und zukünft. Wasserflächen in rekult. Gelände	Sonstiges ²
Rheinland	ha	32.750,0	9.633,2	23.116,8	12.482,4	8.650,2	819,7	1.164,5
	%	100,0	29,4	70,6	38,1	26,4	2,5	3,6
Helmstedt	ha	2.709,6	1.094,7	1.614,9	669,0	690,1	40,2	215,5
	%	100,0	40,4	59,6	24,7	25,5	1,5	8,0
Hessen	ha	3.507,9	72,1	3.435,9	1.818,6	735,4	665,8	216,1
	%	100,0	2,1	97,9	51,8	21,0	19,0	6,2
Bayern	ha	1.803,0	0,0	1.803,0	119,0	958,0	683,0	43,0
	%	100,0	0,0	100,0	6,6	53,1	37,9	2,4
Lausitz	ha	87.913,0	30.641,6	57.271,4	10.246,7	31.120,3	8.873,6	7.030,8
	%	100,0	34,9	65,1	11,4	35,4	10,1	8,0
Mittel- deutschland	ha	48.625,8	12.291,6	36.334,2	9.368,8	11.418,5	12.419,6	3.127,3
	%	100,0	25,3	74,7	19,3	23,5	25,5	6,4
Deutsch- land ³	ha	177.309,2	53.733,1	123.576,2	34.704,5	53.572,6	23.501,9	11.797,1
	%	100,0	30,3	69,7	19,6	30,2	13,3	6,7

¹ einschließlich Rekultivierungsrückstände und Risikoflächen

² Wohnsiedlungen, fremde Betriebe, Müllflächen, Verkehrswege etc.

³ mit den Vorjahren aufgrund von Flächenänderungen nicht vergleichbar
Stand: Ende Dezember 2016

der Umsiedlung eines Ortes je nach Lage im Abbaufeld unter Umständen schon weit vor dem Zeitpunkt der tatsächlichen Inanspruchnahme getroffen wird. Die konkrete Ausgestaltung der jeweiligen Umsiedlung wird nach Prüfung der energie-wirtschaftlichen Notwendigkeit und der Prüfung der Sozial-verträglichkeit unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der örtlichen Verhältnisse in der Regel in gesonderten Braunkohlenteilplänen geregelt. Diese werden ca. 10 bis 15 Jahre vor dem Abbau der betroffenen Ortschaft unter Beteiligung der betroffenen Umsiedler und der betroffenen Kommune erarbeitet. Dabei hat sich das Angebot der gemeinsamen Umsiedlung zur Minimierung

der Belastungen über Jahrzehnte in der Praxis bewährt. Die Menschen können gemeinsam an einen neuen Standort innerhalb eines definierten Zeitraums umsiedeln. Dieser neue Ort wird in einem mehrjährigen kooperativen Prozess mit den Bürgern geplant und ermöglicht den Erhalt der örtlichen Gemeinschaft und den Fortbestand von sozialen Strukturen und Bindungen sowie den Erhalt der kulturellen Identität.

Dabei wird grundsätzlich folgendes Verfahren praktiziert: Unter Berücksichtigung von Vorschlägen der betroffenen Bürger wird der mehrheitlich gewünschte Umsiedlungs-standort landesplanerisch festgelegt, von der zuständigen

Kommune in Abstimmung mit den Bergbautreibenden geplant und erschlossen. Im gesamten Verfahren besteht ein umfangreiches Angebot zur Information, Beratung und Beteiligung der Bürger in allen Fragen der Standortfindung, -planung und -erschließung. Es ist dabei auch das Ziel, die mit der Umsiedlungsplanung verbundenen Chancen zu erkennen, zu diskutieren und umzusetzen, um einen nachhaltigen und zukunftsfähigen neuen Ort zu entwickeln.

Die Entschädigungspraxis der Bergbauunternehmen ist darauf ausgerichtet, die Vermögenssubstanz und damit den Lebensstandard der Umsiedler zu erhalten. Damit wird jedem an der gemeinsamen Umsiedlung beteiligten Eigentümer grundsätzlich ein Neubau am neuen Standort ermöglicht. Für die Umsiedlung der Mieter wird in jedem Ort ein spezielles Handlungskonzept erarbeitet. Gesonderte Angebote werden bei Bedarf auch für andere Gruppen, wie z. B. für Vereine oder für ältere Menschen, entwickelt. Bei der Umsiedlung gewerblicher und landwirtschaftlicher Betriebe gilt der Grundsatz, dass die Existenz aller betroffenen Betriebe im bisherigen Umfang erhalten bleiben soll.

Die Umsiedlungspraxis der Vergangenheit hat belegt, dass Umsiedlungen mit dem beschriebenen Konzept sozialverträglich gestaltbar sind. Dabei stellt jede Umsiedlung für alle Beteiligten einen Lernprozess dar, dessen Erkenntnisse jeweils in das Konzept für zukünftige Umsiedlungen integriert werden

Wasserwirtschaft: Aufgabe mit Langzeitwirkung

Grundvoraussetzung für den Betrieb von Tagebauen sind standfeste

Böschungen und tragfähige Arbeitsebenen für die Fördergeräte. Hierzu sind die Entwässerung von wasserführenden Schichten über der Kohle sowie eine ausreichende Druckspiegelreduzierung unter dem tiefsten Kohlenflöz notwendig. Zu diesem Zweck wird eine Vielzahl von Brunnen gebaut, mit denen das Grundwasser abgesenkt wird. Ein großer Teil des gewonnenen Wassers dient in der Region der Trink- und Brauchwasserversorgung. Darüber hinaus wird es gezielt in den Grund- und Oberflächenwasserkreislauf eingebracht.

Aufgrund der hydrogeologischen Gegebenheiten kann man die Grundwasserabsenkung in der Regel nicht auf den engeren Tagebaureaum beschränken. Deshalb ergeben sich Auswirkungen auf Wasserwirtschaft und Landschaft der Umgebung.

Die Auswirkungen auf die Wasserversorgung werden durch Ersatzwassermaßnahmen, die zu Lasten des Bergbautreibenden gehen, kompensiert. Dies können Wasserlieferungen, Brunnenvertiefungen oder Übernahme von Mehrförderkosten sein.

Bedeutende Gewässer werden durch Einspeisung von Wasser und schützenswerte Feuchtgebiete durch Versickerung von Wasser erhalten. Daneben wird auch Wasser in Gräben und Bäche eingeleitet. In besonderen Fällen, wie zum Beispiel im Lausitzer Revier, eignen sich auch Dichtwände, um die Auswirkung der Grundwasserabsenkung einzugrenzen.

Eine Fülle von Maßnahmen dient somit dazu, die Sumpfungsauswirkungen durch Vorsorge soweit wie möglich zu begrenzen bzw. durch Ersatz oder Ausgleich zu mindern. Insgesamt bleiben auf





diese Weise die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Bereich des Braunkohlenbergbaus sicher geregelt.

Nach Beendigung der Braunkohlengewinnung werden die entstandenen Restlöcher zu Seen ausgestaltet und geflutet. Diese Bergbau-Restseen stabilisieren den Wasserhaushalt in den Revieren und beleben die Bergbaufolgelandschaft.

Wiedernutzbarmachung: Eine neue Landschaft entsteht

In Deutschland ist die Landschaft über Jahrtausende von menschlicher Nutzung geprägt und verändert worden. Die Wiedernutzbarmachung nach dem Tagebau ist daher zumeist darauf ausgerichtet, die Spuren des Bergbaus vollständig zu tilgen und eine Landschaft zu schaffen, die an dem bestehenden Umfeld und dem Status vor der Inanspruchnahme ausgerichtet ist. Dies drückt sich auch in den Rekultivierungszielen aus, die aufgrund der voneinander abweichenden Ausgangslandschaft von Revier zu Revier unterschiedlich sind. So unterscheiden sich die rheinische Bördenlandschaft mit ihren hochwertigen Ackerböden und die Lausitzer Wald- und

Teichlandschaft hinsichtlich der vorherrschenden Böden, der Besiedlung und ihrer wirtschaftlichen Nutzung in beträchtlichem Maße. Dennoch gibt es für Rekultivierungsplanung in ganz Deutschland drei wesentliche gemeinsame Grundsätze: Die rekultivierten Flächen sollen nachhaltig nutzbar, ökologisch stabil und ein Ausdruck des vorherrschenden regionalen Landschaftscharakters sein.

Außerdem hat sich in der annähernd 100-jährigen Rekultivierungspraxis gezeigt, dass die unterschiedlichen Nutzungsansprüche an die rekultivierte Landschaft in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen müssen. Der Erhalt und die Wiederansiedlung landschaftstypischer Tier- und Pflanzenarten besitzen dabei eine hohe Priorität. Die Rekultivierungen der Vergangenheit zeigen, dass dieses Ziel erreicht werden kann. So sind beispielsweise im Rheinland 250 ha Rekultivierungsfläche als Naturschutzgebiete ausgewiesen.

Dennoch unterliegt auch die Rekultivierung einer stetigen Fortentwicklung. Hierzu bedient sich RWE Power im rheinischen Revier verschiedener Forschungsprojekte. Diese betreffen insbesondere bodenverbessernde Maßnahmen auf Acker- und Waldflächen in der Bergbaufolgelandschaft. Parallel wird



der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen zur Entwicklung einer effizienten Biomasseproduktion untersucht. In Kooperation mit innogy liegt ein Schwerpunkt bei der Identifizierung geeigneter Pflanzenarten zur Verwendung als Substrat für Biogasanlagen, die gleichzeitig geeignet sind, die Artenvielfalt zu erhöhen. Die Wiedernutzbarmachung rekultivierter Tagebaue birgt aber auch Chancen zur strukturellen Weiterentwicklung der umgebenden Region. Die in diesem Prozess verborgenen Potenziale werden von den Trägern der kommunalen Planungshoheit zunehmend erkannt und genutzt.

So wurde im rheinischen Braunkohlenrevier in breit angelegten Planungsprozessen diskutiert, ob und inwieweit die Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft an den zukünftigen Anforderungen der Region in den Handlungsfeldern wirtschaftliche Entwicklung, Freizeit und Erholung, Ökologie sowie Siedlungsentwicklung ausgerichtet werden könne. Mit den Projekten „Indeland“ und „terra nova“ wurden in den vergangenen 10 Jahren zwei Projekte unter kooperativer Beteiligung von Politik und Verwaltung angeschoben, die schon heute nachhaltige Strukturimpulse für die Zukunft setzen.

Seit Aufnahme der Bergbautätigkeit bis Ende 2016 wurden in Deutschland 177.309 ha, d. h. rund 1.773 km², durch den Braunkohlenbergbau in Anspruch genommen; davon entfielen 32.750 ha auf das Rheinland, 87.913 ha auf die Lausitz, 48.626 ha auf Mitteldeutschland und der Rest auf die übrigen Reviere. Wieder nutzbar gemacht wurden bis Ende 2016 insgesamt 123.576 ha. Das entspricht 69,7 %. Im Rheinland wurden von der dort in Anspruch genommenen Fläche bereits 70,6 % wieder einer Folgenutzung zugeführt. In der Lausitz und in Mitteldeutschland sind es 65,1 bzw. 74,7 %. In den letzten Jahren war in den beiden ostdeutschen Revieren jeweils deutlich mehr Land rekultiviert als vom Bergbau neu in Anspruch genommen worden.

Strukturwandel: Die Braunkohle ist Partner

Mit der deutschen Wiedervereinigung ergaben sich für die Braunkohlenindustrie in den ostdeutschen Ländern vollkommen veränderte Rahmenbedingungen. In der unmittelbaren Folge wurde die jährliche Produktion von rund 300 Mio. t Braunkohle um drei Viertel auf unter 80 Mio. t reduziert. Eine Vielzahl von Tagebauen und Veredlungsbetrieben wurde

wegen der veränderten Energiebedarfssituation bzw. wegen Unrentabilität aus dem laufenden Betriebsprozess heraus stillgelegt. Wegen der unplanmäßigen Stilllegungszeitpunkte kam es zu einer Anhäufung von zusätzlichen Arbeiten zur Rekultivierung und Wiedernutzbarmachung industriell genutzter Flächen.

Hinzu kamen erhebliche Rekultivierungsrückstände aus der DDR-Zeit.

Die Bundesrepublik Deutschland war als Rechtsnachfolger der DDR über die Treuhandanstalt zunächst Eigentümer der Braunkohlenindustrie. Im Rahmen der Privatisierung war es notwendig, eine Trennlinie zwischen den Aufgaben der langfristigen Braunkohlegewinnung in privatisierten Unternehmen sowie der Bewältigung des Strukturwandels und Beseitigung der Altlasten im Bereich der ehemaligen Braunkohlenkombinate zu definieren. Mit dem Strukturwandel der ostdeutschen Energiewirtschaft entstand so neben den privatisierten, auf eine langfristige Bergbautätigkeit ausgerichteten Unternehmen LAUBAG und MIBRAG auch die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV).

Als Bundesunternehmen trägt die LMBV die bergrechtlichen Verpflichtungen für die in ihrer Verantwortung stehenden Betriebe. Im Jahr 2014 erfolgte zudem die Verschmelzung des LMBV-Tochterunternehmens „Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH (GVV)“ mit Sitz in Sondershausen auf die Muttergesellschaft. Zu den Aufgaben der LMBV gehören:

- **Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Wiedernutzbarmachung stillgelegter Tagebaue und Veredlungsstandorte der Braunkohlenindustrie,**
- **Herstellung eines sich weitgehend selbst regulierenden Wasserhaushaltes in den bergbaulich beeinflussten Bereichen,**
- **Beseitigung von Altlasten,**
- **Abbruch von Industrieanlagen in Vorbereitung der Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe,**
- **Verwahren von Bergwerken des stillgelegten Kali-, Spat- und Erzbergbaus,**
- **Verwertung von Flächen.**

Hauptziel des Unternehmens ist die zügige und wirtschaftliche Sanierung und Verwahrung der stillgelegten Bergwerke als Voraussetzung zur Nachnutzung der Standorte unter Beachtung der regionalen Planungsvorgaben und der rechtlichen Vorgaben, insbesondere des Bundesberggesetzes.

Die LMBV zeichnet als Bergbauunternehmen und Projektträger insbesondere verantwortlich für Sanierungsplanung, Projektmanagement und Sanierungscontrolling. Insgesamt trägt die LMBV die Verantwortung für 39 ehemalige Braunkohlentagebaue mit 224 Restlöchern im Lausitzer und mitteldeutschen Braunkohlenrevier um Leipzig und betreibt die Verwahrung der Bergwerke an 19 Standorten der ehemaligen Kali-, Spat- und Erzindustrie der früheren DDR. Hinzu kommt die Verwertung der sanierten Flächen. Insgesamt sind bis Ende 2016 rund 10,4 Mrd. € in die Wiedernutzbarmachung und Revitalisierung der etwa 100.000 ha bergbaulich beanspruchter Flächen investiert worden.

Im rheinischen Braunkohlenrevier hat die Nutzung der Braunkohle bisher nicht zu Strukturbrüchen geführt. Um diese im Sinne der Akzeptanzförderung auch zukünftig gar nicht erst entstehen zu lassen, wird die wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Kommunen über die Zeit des aktiven Bergbaus hinaus seit vielen Jahren erfolgreich unterstützt. Hierzu gehören Maßnahmen wie die Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie die Ansiedlung attraktiver Unternehmen. In den vergangenen 20 Jahren wurden im rheinischen Revier auf diese Weise mehr als 7.300 Arbeitsplätze bei mehr als 130 Firmen geschaffen. Ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg liegt dabei im gemeinsamen Handeln von Region und Bergbautreibendem, das es ermöglicht, Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und Chancen im Sinne der Bevölkerung zu nutzen.

Da die auf einzelne Kommunen bezogene Strukturentwicklung aus verschiedenen Gründen schnell an ihre Grenzen stößt, haben sich interkommunale Zusammenschlüsse bei der Umsetzung von Entwicklungskonzepten bewährt. Aus Rekultivierungsprojekten heraus gestartet haben sich die „Inndland“- und die „terra nova“-Initiative zu wichtigen Akteuren entwickelt, deren Engagement für die jeweilige Region auch bei Land, Bund und EU Beachtung findet.

Aufsetzend auf diesen Erfahrungen hat die Regierung des Landes NRW das Programm „Innovationsregion rheinisches Revier“ aufgelegt, das die vorhandenen Kooperationen stärken und weiter vernetzen soll. Auf diese Weise sollen gemeinsame Entwicklungsziele erarbeitet werden, in deren Umsetzung sich die Akteure mit dem Gewicht einer ganzen Region bei den übergeordneten Entscheidungsträgern und Fördergebern positionieren können. Als enger Partner wurde das im rheinischen Revier braunkohlenbergbaubetriebende Unternehmen in die Gremien der Initiative aufgenommen und begleitet diese seitdem.

Auf besonderes Interesse der Städte und Gemeinden stößt auch der Ausbau der regenerativen Energien. Allerdings befinden sich derartige Projekte oftmals in einem Interessenskonflikt zwischen dem politisch Wünschenswerten und der jeweiligen örtlichen Betroffenheit. Als vorteilhaft haben sich im rheinischen Braunkohlenrevier in dieser Frage die rekultivierten Tagebaue erwiesen. Diese sind besiedlungsfrei, zum Teil mit Hochkippen versehen und daher hervorragend als Standort für Windenergieanlagen geeignet. In Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Konzernschwester innogy hat RWE Power im rheinischen Revier auf diese Weise bereits verschiedene Windenergieprojekte umgesetzt. So ist auf dem Gelände des rekultivierten Tagebaus Garzweiler in Zusammenarbeit mit der Stadt Bedburg einer der größten Windparks Nordrhein-Westfalens entstanden. In ähnlicher Weise werden im rheinischen Revier auch Freiland-Photo-

voltaikanlagen projektiert. Statt hochwertiger Ackerstandorte werden hier vorhandene geneigte Flächen, wie zum Beispiel Immissionsschutzwälle genutzt. Die Projekte selbst werden so angelegt, dass sie Kommunen und Bürgern eine Finanzbeteiligung ermöglichen. Auf diese Weise profitiert ein breiter Beteiligtenkreis von derartigen Maßnahmen.

Auch für die Landwirtschaft als Hauptbetroffene bei der bergbaulichen Inanspruchnahme werden im rheinischen Revier verschiedene Konzepte zur Teilhabe am Ausbau der erneuerbaren Energien umgesetzt. Neben der Errichtung von Biogas-Anlagen, die die örtlichen Landwirte mit Rohstoffen versorgen, werden im Rahmen von Forschungsprojekten Systeme erprobt, mit denen die Abwärme aus Sumpfungswässern zur Ernteverfrüfung von hochwertigen Spezialkulturen genutzt werden kann.

The image shows a screenshot of the IRR (Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH) website. The background features a large wind turbine structure. The website layout includes a navigation bar with links: HOME, VISION, IRR, IDEENWETTBEWERB, AKTUELLES, DOWNLOADS, KONTAKT. Below the navigation bar, there are sections for 'Aktuelles' (News) and 'Testimonial'. The 'Aktuelles' section contains four news items:

- "Brainergy-Park" Jülich: Jetzt kommt Geld für den Masterplan** (12.08.2017): Die Aachener Zeitung berichtete am 8. August 2017 das Vorhaben, das im Rahmen des IRR-Ideenwettbewerbs als Modellprojekt ausgewählt wurde: "Jülich. Um in diesem Land ein Gewerbegebiet zu errichten, reichen der Kauf von ein paar Grundstücken und ein Rechtsbeschluss nicht aus. Das ist ein juristischer Akt mit vielen...
- Inden: Faktor-4-Haus setzt neue Maßstäbe** (12.09.2017): Ende August haben die Arbeiten für das sogenannte Faktor-4-Haus der Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH (EwiG) im Seeriviertel Inden begonnen. Mit ihren Projektpartnern RWE Power und der Gemeinde Inden zeigt die indeland GmbH wie klimaschonendes Bauen in der Zukunft aussehen sollte. Das Vorhaben wurde im Rahmen des...
- Digitalisierung im Rheinischen Revier: Konferenz und Barcamp suchen Lösungen für Unternehmen, Kommunen und Bürger** (31.08.2017): Die Digitalisierung ist in vollem Gange. Sie betrifft alle und sorgt für einen tiefgreifenden Wandel – gerade im Rheinischen Revier zwischen Aachen, Mönchengladbach und Köln. Die digitale Transformation eröffnet dabei große Chancen für mehr Lebensqualität, neue Geschäftsmodelle, effizientere Wirtschaften und neue...
- Eschweiler: Faktor X - Baugebiet "Neue Höfe Dürwiß" - Ressourceneffizientes Bauen in der Umsetzung** (09.08.2017): Der Spätstich für die Erschließung des Faktor X - Baugebietes "Neue Höfe Dürwiß" im Eschweiler Stadtteil Dürwiß erfolgte bereits im letzten Jahr und war der Startschuss für die Umsetzung der ambitionierten Ziele der Stadt Eschweiler, ein

The 'Testimonial' section features a portrait of Guido van den Berg, a member of the Landtags NRW and state secretary for the Rhein-Erft-Kreis, with a quote: "Gemein arbeite ich in der IRR mit, da wir einen präventiven Strukturwandel im Braunkohlenrevier jetzt organisieren müssen, um langfristig stark zu bleiben. Die einzigartige Wissenschafts-, Forschungs- und Industrielandschaft im Umfeld, bietet alle Chancen, Potentiale für neue Wertschöpfungen zu heben."